

Ein Gespenst geht um. Ein Jahr Pegida

Friedrich Schorlemmer Okt. 2015

Pegida rief wieder zu einem „Spaziergang“ auf und wollte ein Jahr Pegida feiern. Was gibt es da zu feiern? Das ist unterste Schublade der Freiheit der Meinungsäußerung, die das Ressentiment für ein Argument und Brüllen für politische Auseinandersetzung hält. Markerschütternder Spitzensatz: „Es gäbe natürlich andere Alternativen (für die sog. Invasoren), aber die KZs sind ja leider derzeit außer Betrieb.“ Derzeit!!! Kein Buh-Ruf erklang.

Ich hatte es nicht für möglich gehalten, dass die politischen Debatten auf das Pegida-Niveau absinken und das vorurteilsgeladene Stimmungsmache Zehntausende auf die Straße bringen könnte, in einer Stadt, die für den friedlichen Umbruch – am Rande des Bürgerkrieges am 4. Oktober 1989 – steht. Hier wurde die Gruppe der Zwanzig gegründet, während Flüchtlingsströme aus Prag in die Bundesrepublik geschleust wurden. Und das in jenen Zügen saßen weiß Gott nicht nur stasigejagte, in Armut und Not lebende, von Fassbomben und von Verfolgung geängstete DDR-Bürger!

Die Notsituation von Menschen, von Flüchtlingen, die aus blanker Not, aus barbarischer IS-Verfolgung, Hoffnungslosigkeit und gnadenlosem Bürgerkrieg Entronnenen, wird populistisch und angstschürend benutzt. Mit verbalen Dreckschleudern wird Stimmung gemacht, als ob die Flüchtlinge irgendjemandem persönlich etwas wegnähmen oder unser Land als Ganzes ausverkaufen und überfremden würde.

Die Mitläufer, die mitgetragene Galgenattrappen nicht herunterreißen und die nachträglich der Staatsanwaltschaft kein Bild von denen zu Verfügung stellen, die diese Attrappen getragen hatten, sind mitverantwortlich für die Verrohung der Debatte. Sie sind in der Menge nicht nur mitgelaufen, sondern stellen sich durch Nichtstun auf die Stufe eines gewalttätig unberechenbaren Mobs.

Das dürfen wir alle nicht zulassen. Die Kanzlerin und der Vizekanzler an den Galgen? Und das ist keine Volksverhetzung? Hier sollte der Rechtsstaat um seiner selbst und um unserer aller willen klare Kante zeigen.

Es ist unabdingbar, daran zu erinnern, wie die Weimarer Republik kaputt ging – auch mit gewalttätigem Mob, der sich bald als sog. SA uniformierte. Es entwickelten sich bürgerkriegsähnliche Auseinandersetzungen zwischen Linken und Rechten, wobei man mehrheitlich das kabarettreife Gedröhn von Adolf Hitler für nicht gefährlich, sondern für lächerlich hielt.

Lutz Bachmanns einfaches Weltbild findet bei den zehntausend bis fünfundzwanzigtausend deutschen Bürgern Beifall. Dümmlisches Ressentiment verstärkendes Gedröhn wird beklatscht.

Lutz Bachmann hatte eine Hitler-Performance vom Friseur anfertigen und im Internet verbreiten lassen. Das scheint nach kurzzeitiger Empörung ebenso wie seine Verunglimpfungen von „Asylanten“ vergessen zu sein.

Die Sehnsucht nach einfachen, schnellen Lösungen, die die Politiker im Auftrage der Straße zu bringen zu haben, sind nicht das Ergebnis demokratischer Diskussions- und Entscheidungsprozesse.

Das ist als das zu kennzeichnen, was es ist: Gebrüll mit Hass angereichert.

Wo ist ein Wort der Pegida-Organisatoren gegen das Abfackeln von Gebäuden, die für Asylbewerber geplant waren?

Wo bleibt wenigstens ein wenig Mitgefühl mit den Flüchtlingen, die z.T. bis 1000 km Fluchtweg hinter sich haben und nun in der Kälte bei Regen und im Matsch stehen? Wie viel Hass wird geschürt, wie viele Vorurteile gesät?

Die mediale Aufmerksamkeit ist über Gebühr verstärkt. Ich erinnere an die große Pressekonferenz von Lutz Bachmann und seiner damaligen Pressesprecherin Kathrin Oertel Anfang 2015 in den Räumen der Landeszentrale für politische Bildung. Die riesige mediale Aufmerksamkeit hat nicht zuletzt dazu beigetragen, dass in ganz Deutschland so etwas Ähnliches angestachelt wurde. Das ging aber nicht auf.

Wenn man Seitens der Pegida-Sprecher hört, dass Dresden nun die „Hauptstadt des Widerstands“ ihrer Bewegung würde,

so kann man doch mit großer Erleichterung feststellen, dass in der früheren „Hauptstadt der Bewegung“ heute in München, der zivilgesellschaftliche Widerstand besonders groß gewesen ist. Es ist weiterhin nötig, ein ziviler Widerstand gegen die Inanspruchnahme des 13. Februar für Neonazis. Dies war insgesamt wohl erfolgreich, brachte Dresden aber in eine prekäre Lage und in eine fatale Aufmerksamkeitsschleife.

In Dresden schämen sich viele meiner Freunde für ihre Stadt, obgleich der prozentuale Anteil der Pegida-Spaziergänger gering ist.

Manche sind sich zu fein, als Gegendemonstrant auf die Straße zu gehen.

Ich habe vor drei Jahren zum 13. Februar in Dresden den „Belagerungszustand“ erlebt, als ich an diesem Abend in der prallvollen Kreuzkirche gepredigt habe. Und so freue ich mich, dass es jetzt eine konzertierte Aktion verschiedener politischer Gruppen und Initiativen gibt (wobei mir die CDU schmerzlich fehlt), die in einem Sternemarsch unter der Parole „Herz statt Hetze“ auf den Theaterplatz kommen wollen.

Und in Dresden war ein geradezu tränenrührendes Plakat getragen worden mit dem Bild einer Syrerin und einem Zitat aus Goethes Faust: „Hier bin ich Mensch. Hier darf ich sein“. Solch ein Gefühl sollten die Menschen haben können, die aus Not zu uns kommen und denen wir helfen müssen, sich entweder zu integrieren oder dazu zu helfen, dass sie in ihrer Heimat wieder Boden unter den Füßen bekommen.

Was in Dresden passiert ist, was an hetzerischen Reden gehalten wurden, was Herr Höcke von der AfD abgelassen hat, ist einfach nur widerlich.

Jetzt kommt es darauf an, dass Demokraten wissen, was ihnen die Demokratie wert ist und wem sie deshalb offen und klar entgegentreten.

Eine Sehnsucht nach einfachen, schnellen Lösungen mit einer eindeutigen Priorität des Deutsch-Nationalen, ist unübersehbar. Und Politiker sollen nach Meinung der PEGIDA-Demonstranten dem folgen, was die Straße ihnen hinbrüllt. Entscheidungen wären sind dann nicht mehr Ergebnis demokratischer

Diskussions- und Entscheidungsprozesse, sondern des Massendrucks auf der Straße.

Wer sich zu erklären versucht, wo solches aggressives und hasserfülltes Potential herkommt und warum auch die kleinbürgerliche Mittelschicht erreicht wird, achte bitte sehr darauf, dass seine Erklärung nicht zu einer Quasi-Rechtfertigung wird.

Das ist einfach unterste Schublade der Freiheit der Meinungsäußerung, wo Ressentiments für ein Argument und Fremdenabwehr für eine Lösung gehalten wird. Der Mob macht mobil. Es gab noch keinen einzigen Gewaltübergriff durch Flüchtlinge. Und niemand hat auch nur einen Euro weniger an Sozialleistungen bekommen. Gänzlich kontraproduktiv wäre – und ist! - ist es, wenn die Politiker und alle Wohlmeinenden die nun aufbrechenden Probleme leugnen, die Ängste überhören, das reale und das psychologische, das soziale und das logistisch strapazierte Fassungsvermögen übersehen würden. Gerade diejenigen, die die Flüchtlingsströme für eine von uns allen bewältigbare und grundgesetzlich wie ethisch gebotene, längerfristig angelegte Aufgabe ansehen, dürfen die Augen nicht verschließen vor einem herannahenden gefährlichen Rechtsruck. Wir stehen wohl innenpolitisch vor der vielleicht größten Herausforderung seit 1945. Wir brauchen, Zeit, Geduld, Augenmaß – und offene Augen bei offenen Armen.

Die Integration wird schwer. Wir könnten schließlich viel gewinnen.

Bis dahin ist es ein langer Weg.

Die notgedrungen schwierigen äußeren Bedingungen in Massenquartieren führen zu Konflikten. Darauf muss man vorbereitet sein und das zu verringern und durch angemessene Unterbringung zu ändern suchen.

Wo ohnehin entnervte Menschen mehrere Tage oder Wochen in Massenunterkünften ohne jede Privatsphäre unterkommen müssen, wo Flüchtlinge aus ganz unterschiedlichen Ländern und Kulturen sich zusammengepfercht fühlen und zunächst nur eine Matratze ihr vorläufiges Eigen nennen können, kommt es zu unvermeidlich zu kleineren wie zu eskalierenden, auch gewalttätigen Konflikten.

Das steht in jedem gruppendynamischen Lehrbuch. Wir Deutschen würden uns genau so verhalten, wenn wir unter solchen Bedingungen leben müssten.

Die Saat des Hasses ist in der Kölner Messerattacke aufgegangen. Ein Jahr Pegida heißt auch: 180 Gewaltübergriffe auf geplante Asylheime im Jahr 2014 und nun Mitte Oktober 2015 bereits 550.

Die verbale Verrohung führt alsbald zur realen Verrohung der politischen Auseinandersetzung. Die demokratische Öffentlichkeit ist herausgefordert.

Es gibt so viele erfreuliche Zeichen für das Wachsen einer Willkommenskultur. Wache Demokraten wissen: Unser Grundgesetz darf nicht zur Debatte stehen. Durch niemanden. Demokratie ist kein „Spaziergang“, sondern alltägliche Arbeit, und sie braucht unser aller Mitwirkung im „Garten der Demokratie“.